

Protokoll

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Kinder- und Jugendhilfeangelegenheiten am Dienstag, dem 19. Mai 2015, 18:00 Uhr, im Rathaus, Sitzungszimmer 503, 5. OG, Marktplatz 13, 30880 Laatzen.

Anwesend:

Ratsfrauen und Ratsherren

Kleen, Michael
Bode-Pletsch, Marion
Fiedler-Dreyer, Gundhild
Oyen, Luisa
Quasten, Andreas
Schönemann, Heiko

von der Verwaltung

Zeilinger, Stefan (Stadtrat)
Achtermann, Sven (zu TOP 3+4)
Schrader, Thomas,
zugleich für das Protokoll

Vertreter der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe mit Stimmrecht gemäß § 71, Abs. 1, Satz 2 SGB VIII in Verbindung mit § 4 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Laatzen

Bormann, Elisabeth
Burbulla, Martina
Hasse, Claudia
Schulz, Ottokar

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 71, Abs. 5 SGB VIII in Verbindung mit § 4, Abs. 1 Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz und § 5 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Laatzen

Gleixner, Kristina
Grein, Nuray
Müller, Hanna
Özdemir, Zekiye (ab TOP 4)

Stadtjugendpflegerin
Stadtelternrat
Lehrerin
Stadtkindertagesstättenbeirat

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen
2. Protokoll über die 18. Sitzung vom 24.02.2015
3. Modernisierung einiger Spielplätze
4. Zustand von Kinderspielplätzen
- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP

5. Verbesserung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Gleidingen
6. Erweiterung der Betreuungszeit in der DRK-Kindertagesstätte Ingeln-Oesselse ab dem Kindergartenjahr 2015/2016
7. Streik in den Betreuungseinrichtungen
- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP
8. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Entscheidungsprozessen
- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP
9. Einrichtung einer Jugendberufsagentur
- Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP
10. Bericht aus dem Stadtkindertagesstättenbeirat
11. Mitteilungen des Bürgermeisters
12. Anregungen und Wünsche

Um 18:00 Uhr eröffnet der Ausschussvorsitzende die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Kleen berichtet kurz über die zuvor um 17:00 Uhr durchgeführte Besichtigung der sanierten Kindertagesstätte der St. Marien-Kirchengemeinde.

Die Einwohnerinnen und Einwohner werden darauf hingewiesen, dass sie im Rahmen einer Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde berechtigt sind, Fragen an den Ausschuss und an den Bürgermeister zu Beratungsgegenständen, die nicht Gegenstand der Tagesordnung sind, zu stellen und dass sie zu Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes Gelegenheit haben, Fragen zum jeweiligen Beratungsgegenstand zu stellen.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig beschlossen.

Öffentlicher Teil

zu Punkt 1:

Einwohnerfragestunde nach § 17 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Laatzen

Herr Stahl fragt an, wie in Laatzen die UN-Kinderschutzkonvention umgesetzt wird.

**zu Punkt 2:
Protokoll über 18. Sitzung vom 24.02.2015**

Zu Punkt 8, Satz 4, wird klargestellt, dass sich die Aussage von Frau Dr. Kiesel nur auf die Vollzeitschülerinnen und –schüler der BBS Springe, also jene Schülerinnen und Schüler, die noch keine Lehrstelle haben, bezog. Diese sollten die Möglichkeit haben, sich auch an einer für sie geeigneten Berufsschule in Hannover und nicht nur in Springe unterrichten zu lassen.

Mit dieser Klarstellung wird das Protokoll zur Kenntnis genommen.

**zu Punkt 3:
Modernisierung einiger Spielplätze**

2015/052

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit Punkt 4 behandelt.

**zu Punkt 4:
Zustand von Kinderspielplätzen**

2015/118

- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP

Herr Achtermann berichtet über die bereits umgesetzten und noch anstehenden Arbeiten. Die Jahreskontrollen 2015 sind weitestgehend abgeschlossen. Anschließend beantwortet er die Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis90/Die Grünen / GLuP sowie die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die aktuelle Arbeitsliste ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu Punkt 5:
Verbesserung des Betreuungsangebotes für Schulkinder in Gleidingen**

2014/318/1

Beschlussvorschlag:

Dem Anbau an der Grundschule Gleidingen zur Schaffung von 2 Schulklassenräumen und dem Umbau der frei werdenden Klassenräume und Nebenräume zu Horträumen wird zugestimmt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Anbau der Klassenräume und zur Beschaffung, Herrichtung und zum Betrieb der Hortgruppe werden bereitgestellt.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel alle weiteren erforderlichen Schritte einzuleiten und die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Beschluss: einstimmig

zu Punkt 6: **2015/120**
**Erweiterung der Betreuungszeit in der DRK-Kindertagesstätte Ingeln-Oesselse
ab dem Kindergartenjahr 2015/2016**

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag der DRK-Kinder- und Jugendhilfe in der Region Hannover gGmbH auf Umwandlung einer 14-Uhr-Gruppe in eine Ganztagsgruppe zum 01.08.2015 wird zugestimmt. Die Mittel sind im Rahmen der Haushaltsberatungen ab dem Haushaltsjahr 2016 bereitzustellen.

Beschluss: einstimmig

zu Punkt 7: **2015/121**
Streik in den Betreuungseinrichtungen
- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP

Zunächst wird über die Frage des Umgangs mit den während des laufenden Streiks gezahlten Betreuungsentgelten diskutiert. In diesem Zusammenhang kündigt Frau Fiedler-Dreyer einen entsprechenden Antrag ihrer Ratsgruppe zur Änderung der geltenden Benutzungsordnung an. Ziel soll ein schnellerer Erstattungsanspruch der Eltern sein.

Frau Bode-Pletsch erkundigt sich nach der seinerzeitigen Umsetzung der nach dem Tarifkonflikt 2011 gebildeten Elternarbeitsgruppe zur Überarbeitung der Benutzungsordnung. Die Verwaltung erläutert mit Verweis auf die Drucksache 2012/057 den damaligen Ablauf und die vom Rat beschlossenen Änderungen. Eine Änderung der Erstattungsregelung wurde nicht beschlossen. Frau Bode-Pletsch bittet darum, die Drucksache 2012/057 dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Anschließend entwickelt sich eine z.T. kontroverse Diskussion um die Frage, ob die gewerkschaftlichen Forderungen angemessen und berechtigt sind und welche finanziellen Konsequenzen die Durchsetzung der Forderungen sowohl für die Kommunen als auch für die Eltern hätten.

zu Punkt 8: **2015/119**
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Entscheidungsprozessen
- Anfrage der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP

Frau Gleixner berichtet über die in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen durchgeführten Aktionen und gibt einen Ausblick über die weiteren Vorhaben (Planspiel „Pimp your town!“ - hierfür wurden Landesmittel beantragt; Durchführung eines Jugendforums im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ – Antrag von Jukus e.V. liegt dem Begleitausschuss zur Entscheidung vor; Jugendbefragung im Herbst).

Herr Derabin spricht sich dafür aus, dass die Stärkung des Jugendparlamentes das Ziel bleiben sollte.

Einig sind sich die Ausschussmitglieder dahingehend, dass den Jugendlichen keine Strukturen übergestülpt werden sollten und dass ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen müssen. In der Frage der richtigen Form der Jugendbeteiligung gibt es unterschiedliche Auffassungen.

zu Punkt 9:

2015/122

**Einrichtung einer Jugendberufsagentur
- Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen / GLuP**

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Region Hannover, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Laatzen zu untersuchen. Hierfür wird eine lokale Projektgruppe eingerichtet.

Im Rahmen dieses Projekts sollen insbesondere Fragen untersucht werden

- zur Integration der beteiligten Institutionen,
- zu den Schnittstellen zwischen den zuständigen Maßnahmeträgern (rechtskreisübergreifend)
- zur Finanzierung der Einrichtung
- zur benötigten Infrastruktur.

Erwartet wird ein Vorschlag für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur, der einen realistischen Zeitplan beinhaltet.

Frau Bode-Pletsch und Herr Klaus sprechen sich für die Umsetzung des Antrags aus. Herr Klaus betont insbesondere die Nachhaltigkeit einer dauerhaften Einrichtung im Gegensatz zu zeitlich befristeten Projekten wie beispielsweise das Regionale Übergangsmanagement (RÜM).

Stadtrat Zeilinger weist darauf hin, dass für die Einrichtung einer Jugendberufsagentur zusätzliche Ressourcen erforderlich seien.

Frau Fiedler-Dreyer schlägt vor, einen Vertreter der zum 01. Juli in Garbsen startenden ersten Jugendberufsagentur in der Region Hannover zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen:

Beschluss: einstimmig

zu Punkt 10:

Bericht aus dem Stadtkindertagesstättenbeirat

Frau Özdemir berichtet, dass die Auswirkungen des Kita-Streiks beherrschendes Thema der letzten Beiratssitzung gewesen sei.

**zu Punkt 11:
Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mitteilungen liegen nicht vor.

**zu Punkt 12:
Anregungen und Wünsche**

Da es keine Wortmeldungen gibt und auch keine Beratungspunkte für den nicht öffentlichen Teil vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende die Sitzung

Ende: 20:20 Uhr

Kleen,
Ausschussvorsitzender

Zeilinger,
Stadtrat

Schrader,
Protokollführer